



Paul Nolte

Paul Nolte, geboren 1963 in Geldern, studierte Geschichtswissenschaft und Soziologie in Düsseldorf, Bielefeld und an der Johns Hopkins University in Baltimore, USA. Nach seiner Promotion war er Assistent von Hans-Ulrich Wehler. Von 1993 bis 1994 arbeitete er als German Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University und von 1998 bis 1999 als Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. 1999 habilitierte er sich für Neuere Geschichte in Bielefeld. Ab 2001 lehrte er als Professor für Geschichte an der privaten Jacobs University Bremen. Seit 2005 ist er Professor für Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Und seit 2009 wirkt er als Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Er ist Mitherausgeber verschiedener Buchreihen und Geschäftsführender Herausgeber von „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft“. Zu seinen jüngsten Buchveröffentlichungen zählen: „Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik“ (München 2004), „Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus“ (München 2006), „Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte“ (München 2008), „Religion und Bürgergesellschaft. Brauchen wir einen religionsfreundlichen Staat?“ (Berlin 2009) und „Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart“ (München 2012).

Kontakt Professor Paul Nolte
c/o Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9
80801 München
Deutschland

Demokratie – die Herrschaftsform des 21. Jahrhunderts

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Historiker Paul Nolte

Die Demokratie ist für den Historiker Paul Nolte keineswegs eine überlebte Regierungsform. Daran ändern auch die schwindende Wahlbeteiligung und ihre offenbare Ohnmacht gegenüber dem globalen Treiben auf den Finanzmärkten nichts. In der neuen Unzufriedenheit mit der Demokratie drücke sich nicht so sehr deren politische Erstarrung aus, sondern eher die Dynamisierung demokratischer Erwartungen und Handlungsformen. Nolte lenkt den Blick auf den demokratischen Aufbruch in Nordafrika und sieht auch in China Tendenzen zur Demokratie. In seinem Buch „Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart“ (C.H. Beck, München 2012) setzt er sich mit der Entstehung und der Geschichte der Demokratie auseinander, die er als Erfüllungsgeschichte, Suchbewegung und Krisengeschichte begreift. Er erläutert die Vielgestaltigkeit der Demokratie und beschreibt ihre Herausforderungen in der Gegenwart.

conturen: Herr Professor Nolte, zeitgleich mit Ihrer Studie „Was ist Demokratie?“ erschienen mehrere Bücher, die sich mit dem Begriff Demokratie auseinandersetzen und zwar häufig mit Fragezeichen. Drücken sich darin Zweifel an der Demokratie aus? Steht sie erneut auf dem Prüfstand?

Paul Nolte: Zunächst drückt sich darin ein neues Interesse an der Demokratie aus. Die Demokratie ist nicht mehr so selbstverständlich, wie sie das eine Zeitlang gewesen ist. Gerade in jenen Ländern Europas, die wie Deutschland und Österreich nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg zu Demokratien geworden waren, hatte sich das Gefühl ausgebreitet, in einem nahezu zeitlosen Zustand der Demokratie angekommen zu sein.

Jetzt merken wir dagegen stärker, dass die Demokratie auch eine Geschichte hat. In manche Diskussionen mischt sich auch die Frage, ob das Zeitalter der Demokratie vielleicht wieder zu Ende gehen könnte. Dahinter steht die Vorstellung, dass die Demokratie in eine bestimmte historische Phase gehört, die in den mittleren

**Demokratie ist
nicht mehr
selbstverständlich**

**Das Zeitalter der
Demokratie ist
nicht zu Ende**

bis späten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt hatte und sich nun dem Ende zuneigt. Derartige Befürchtungen gab es auch schon in den 1920er- und 1930er-Jahren, als viele der Meinung waren, das Zeitalter der Demokratie sei grundsätzlich zu Ende. Schon deswegen betrachte ich sie eher skeptisch und kritisch. Die Zeit der Demokratie ist nicht zu Ende.

conturen: Wie tragfähig schätzen Sie die Demokratie in Deutschland und Europa heute ein? Tatsache ist, dass die Bundesrepublik nach 1945 den Weg zur Demokratie nicht allein gefunden hat...

Paul Nolte: Die Vorstellung, dass die Demokratie in der Bundesrepublik im Gegensatz zu der von Weimar, die lange Zeit das historische Gegen- und Schreckbild war, eine Art Hyperstabilität hätte, wie das von Politikwissenschaftlern manchmal genannt wird, führt zweifellos in die Irre. Aber ich glaube schon, dass die Demokratie in Deutschland stabil ist und dass wir uns bei aller Mühe, die wir uns geben müssen, keine grundsätzlichen Sorgen um ihren Bestand zu machen brauchen. Die Demokratie wandelt sich, sie verändert sich und durch diese Veränderung erleben wir auch Verschiebungen, die uns als Gefährdung vorkommen können. Die Menschen organisieren sich nicht mehr unbedingt in politischen Parteien, wenn sie Politik machen wollen. Also verlieren politische Parteien als ein Modell der Organisation und der politischen Betätigung an Zustimmung. Dafür entstehen andere Arenen der politischen Betätigung. Man geht unbefangener als früher zu Demonstrationen, äußert sich im Internet, twittert demokratisch. Und in diesen Übergängen zwischen den Formen tauchen natürlich auch Unsicherheiten auf.

**Stabilität und
Wandel**

conturen: In der Tat wurde das Ende der traditionellen Parteien schon oft angekündigt. Andererseits entstehen immer wieder neue Parteien. Man denke an die Grünen, Die Linke, die Piraten. Ist das ein Zeichen von Auflösung und Ende oder könnte man es auch als Zeichen von Lebendigkeit und Dynamik des Parteiensystems deuten?

Paul Nolte: Es gibt beides. Gerade wenn wir auf Deutschland schauen, haben wir das interessante Modell eines komplizierter, pluraler werdenden Parteiensystems, das zugleich aber lebendiger und dynamischer wird. Das System der beiden großen Volksparteien hat sich überlebt: mit ihrer quasi bürokratischen Organisation, mit ihrer lebenslangen Mitgliedschaft und der starken ideologischen Bindung, die früher die gesamte Lebenswelt des

Menschen umfasste – man war Katholik, ging sonntags in die Kirche und wählte die CDU; man war im Arbeitersportverein, wählte die SPD und ließ sich von der SPD auch mit Hilfe ihrer Sterbekasse beerdigen. Die Parteien werden flexibler.

Geradezu im Abstand von einem Jahrzehnt kommt in Deutschland seit den achtziger Jahren eine neue Partei dazu, zuletzt die Piraten. Was die Programmatik der Piraten und ihre langfristigen Zukunftschancen angeht, bin ich noch etwas zurückhaltend. Aber man muss diese Partei doch ernst nehmen, weil sie sich an eine große gesellschaftliche und kulturelle Dynamik anheftet, die Kommunikationsrevolution des Internets. Auch zeigt sie auf verblüffende Weise, dass es gerade für junge Menschen, die angeblich nichts anderes tun, als nur noch über die Entfernung miteinander zu kommunizieren und in virtuellen Welten zu leben, fast nichts Wichtigeres gibt, als ihre Bewegung als Partei zu konstituieren und mit dieser Partei so schnell wie möglich in die Parlamente zu gehen. Darin zeigt sich eine doppelte Bestätigung, einerseits der Institution Partei und andererseits der parlamentarischen Demokratie, die von vielen für ähnlich überlebt gehalten wird.

Gleichwohl sind viele Parteiensysteme auch Wandlungen, Erschütterungen oder gar dem Zusammenbruch ausgesetzt. In Italien konnte man einen völligen Zusammenbruch des Parteiensystems erleben. In den Niederlanden stülpte sich das Parteiensystem auf dramatische Weise um. In Österreich gab es ähnliche Tendenzen in diese Richtung. Und beim Präsidentschaftswahlkampf in den USA konnte man erneut sehen, dass es auch andere Parteiensysteme gibt, die mit den europäischen Parteien und ihrer Organisationsstruktur nichts zu tun haben, aber viel lebendiger sind.

conturen: Die Piratenpartei versteht sich als Teil einer internationalen Bewegung, die die Demokratie auf eine neue Stufe heben will. Kann man solche Abstufungen vornehmen? Ist eine direkte Demokratie oder Basisdemokratie mit direkten Abstimmungen über jede einzelne Entscheidung demokratischer als eine Mandatsdemokratie?

Paul Nolte: Als Historiker lernt man, vorsichtig damit zu sein, das Urteil einer Epoche absolut zu setzen. Wir können uns leicht darüber mokieren, wie beschränkt die Menschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch gewesen seien, als sie die repräsentative

*Piraten und
Internet*

*Italien, Nieder-
lande, Österreich,
USA*

*Repräsentative
oder direkte
Demokratie?*

tive Demokratie für der Weisheit letzter Schluss angesehen hätten. Heute wisse man es doch viel besser. In dreißig Jahren aber erscheint unser heutiges Denken genauso veraltet. Wir bewegen uns in einem historischen Fluss. Insofern darf man als Historiker auch in die Zukunft schauen.

Richtig ist, dass die repräsentative Demokratie nicht mehr allein dasteht. Sie verschwindet nicht, sondern bleibt an einer wichtigen Stelle, vielleicht sogar im Kernbereich unserer Demokratie. Aber andere Formen treten hinzu. Das ist ein Muster, das man häufig bei Veränderungen findet. Als das Flugzeug erfunden wurde, glaubte man bald, alle Menschen würden sich im Alltag und zum Arbeitsplatz nur noch mit Miniraketen fortbewegen. Wir gehen aber immer noch zu Fuß und fahren Fahrrad. Die neuen Kommunikationsmethoden haben sich draufgesattelt. So bin ich überzeugt, dass wir auch noch in zwanzig, dreißig Jahren Wahlen und Parlamente haben werden, genauso jedoch, wie sich jetzt bereits abzeichnet, eine gewachsene Bedeutung direkter Demokratie. Das heißt nicht, dass man über alles und jedes sinnvoll abstimmen kann, erst recht nicht mit der unmittelbaren Präsenz aller im Internet. Das kann sogar gefährlich sein. Menschen dauernd mobilisieren zu wollen, ist ein Anspruch, den die Demokratie gerade nicht erhebt.

conturen: Ist eine direkte Demokratie in einer vernetzten Welt praktikabel? Wenn es etwa um den Bau der Piste eines Flughafens geht, wer soll dann darüber abstimmen dürfen? Betroffen könnte jeder auf der Welt sein?

Paul Nolte: Technisch geht es natürlich und wird mit der digitalen Kommunikation leichter. Man muss sich nicht wie im schweizerischen Appenzell auf dem Marktplatz physisch treffen. Man kann eine solche Abstimmung auch durchführen, wenn man räumlich weit voneinander entfernt ist, also in überlokalen Gemeinschaften.

Das größere Problem ist aber, dass sich die Bezugsräume, in denen die Identitäten von Menschen liegen, auflösen. Sie werden diffuser, mehrschichtiger. Darauf hat man im Moment noch keine Antwort. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit dachte man, die Nationalstaaten seien irgendwann diskreditiert. Alles gelange auf eine höhere Ebene. Es komme die europäische Demokratie, die letztlich ebenso aussehe wie der deutsche, österreichische

**Tradition und
neue Formen**

**Die Bezugsräume
der Identitäten
lösen sich auf**

oder schweizerische Föderalismus. Und dann komme die Welt-demokratie auf der Grundlage einer Art Weltbundesstaat.

Inzwischen wissen wir, dass das alles viel komplizierter ist. Die Nationen verschwinden nicht und der Weltbundesstaat kommt auch nicht, sondern alles besteht neben- und ineinander. Tatsächlich haben wir jetzt viele Fälle von Volksabstimmungen, bei denen strittig ist, wer das zuständige Volk ist und was als Betroffenheit gilt. Es gibt Teilöffentlichkeiten, die über etwas abstimmen, was eigentlich alle betrifft. In Zukunft werden wir es eher mehr mit solchen verwischten Bereichen, mit „fuzzy zones“ von Demokratie zu tun haben.

*Nationen vs.
Weltbundesstaat?*

„fuzzy zones“

conturen: Wenn es um direkte Demokratie geht, wird gerne die Schweiz als Vorbild herangezogen. Aus Ihrem Buch lese ich da eine gewisse Skepsis. Welches Modell direkter Demokratie könnte Ihrer Meinung nach als Vorbild dienen?

Paul Nolte: Es gibt nicht das eine Modell direkter Demokratie. Ich beuge der Demokratie der Schweiz als ein grundsätzlicher Anhänger der repräsentativen Demokratie mit Skepsis, aber durchaus mit sympathischer Skepsis. Die Schweizer Tradition ist über viele Jahrhunderte gewachsen. Solche Traditionen lassen sich nicht einfach verpflanzen. Deswegen stehe ich der Idee eines Systemwechsels anderswo kritisch gegenüber. Was wir übernehmen können, sind einige Elemente.

Diejenige direkte Demokratie, vor der die Deutschen besonders nach der Weimarer Erfahrung Angst hatten, war die plebiszitäre Demokratie in Form der Direktwahl bestimmter Personen. So wollte man eine direkte Wahl des Bundespräsidenten nicht mehr haben. Stattdessen haben wir dieses merkwürdige Konstrukt der Bundesversammlung. Mit dem historischen Abstand sind diese Ängste allerdings zurückgetreten. Wir könnten heute mühelos und ohne die Demokratie zu gefährden oder einen neuen Hindenburg heraufzubeschwören, den Bundespräsidenten vom Volk wählen lassen. Aber vielleicht muss es auch nicht sein. Das Hauptinteresse der Menschen konzentriert sich nicht mehr darauf. Es hat sich stärker auf die direkte Demokratie in Sachentscheidungen verschoben.

*Die Erfahrungen
von Weimar*

Darüber hinaus gibt es auch kompliziertere Entscheidungen, zum Beispiel bei ethischen Fragen, die politisch getroffen werden müssen. Da bin ich froh, dass eine parlamentarische Auseinanderset-

zung stattfindet, in der Kompromissbildung möglich ist. So war die Debatte über Organtransplantation und Organspende, die wir in Deutschland vor einiger Zeit hatten, im Parlament besser aufgehoben. Parlament heißt nicht, dass die Abgeordneten hinter verschlossenen Türen entscheiden. Vielmehr sind solche Entscheidungsprozesse eingebettet in eine Mediendiskussion und eine breite öffentliche Debatte.

conturen: Das ist auch das Ziel der Piratenpartei. Ein Vertreter der Partei erklärte in einem Interview mit dem Österreichischen Rundfunk, nicht die Abstimmung sei für ihn das Wichtigste, sondern der Entscheidungsfindungsprozess...

Jürgen Habermas

Paul Nolte: Das spricht die klassische Debatte in der Demokratietheorie über Verfahren und Entscheidungen an. Man kann an Jürgen Habermas denken und sein Plädoyer für eine Demokratie der immerwährenden Verständigung und Konsensfindung. Die Entscheidungstheoretiker argumentieren dagegen, irgendwann müsse man aber auch mal zum Abschluss kommen. Tatsächlich ist es eine Illusion zu glauben, durch einen langen Verständigungsprozess mit noch so guten Argumenten würde man die vernünftige Entscheidung finden oder alle mit ins Boot holen können. Letztendlich muss abgestimmt werden. Und dann haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit. Es gibt Minderheitenschutz. Aber zumindest in dieser einen Entscheidung muss die Mehrheit gelten, auch wenn sie nur 50,5 Prozent beträgt.

Letztendlich wird abgestimmt

conturen: In Österreich hat sich jüngst neben der Piratenpartei noch eine neue eurokritische, wirtschaftsliberale Partei formiert, das Team Stronach für Österreich des österreichisch-kanadischen Milliardärs Frank Stronach. Einerseits nennt sie eher vage Begriffe wie „Wahrheit, Transparenz und Fairness“ als Grundprinzipien. Andererseits hat sie sehr konkrete Ziele wie eine Flat-Tax, die Einführung eines Berufsheeres, eine Verwaltungsreform und einen eigenen Euro für jedes europäische Land. Wie bewerten Sie eine solche Unternehmung? Ist das nur eine Zeiterscheinung, ein Sammelbecken für frustrierte Politiker anderer Parteien, wie es Moment aussieht, oder könnte ihr Dauer beschieden sein?

„Team Stronach“

Paul Nolte: An einen dauerhaften Erfolg glaube ich nicht, auch wenn es gut sein kann, dass sich der eine oder andere Wahlerfolg einstellt. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Bewegung manche derjenigen Wähler einsammelt, die vor einem Jahrzehnt Jörg Haider mobilisiert hat. Andererseits ist diese Partei – und deshalb

sollte man sie ernst nehmen – Teil einer größeren Bewegung auch in anderen europäischen Ländern, die gegen das, was von vielen als sozialdemokratisch-christdemokratischer Grundkonsens wahrgenommen wird, wieder ein klares wirtschaftsliberales Profil setzen will. In Deutschland redet man ähnlich über eine Sozialdemokratisierung der CDU. Ein solches dezidiert marktliberales Programm, das mit großer gesellschaftspolitischer Liberalität einhergeht, vertreten auch die Libertären in den USA. Sie wollen, dass die Bürger vollkommen frei sind, auch in ihrem Schlafzimmer, und distanzieren sich daher von jenen Gruppierungen, die gegen Homosexuelle wettern. Diese Strömung ist schon älter und verschafft sich jetzt wieder mehr Gehör. Interessanterweise aber hat sie es noch nirgendwo geschafft, jenseits eines sich als kurzfristig erweisenden Populismus stabil parteibildend zu werden, nicht einmal in den USA, wo es am wahrscheinlichsten wäre. Deshalb ist meine Prognose eher skeptisch.

conturen: In Ihrem Buch drücken Sie auch eine große Skepsis gegenüber Europa aus. Zweifellos befindet sich Europa durch die wirtschaftlichen Probleme in einigen Ländern in einer schwierigen Phase. Könnte die Idee eines geeinten demokratischen Europas an der Eurokrise scheitern?

Paul Nolte: Nein. Ich bin ein großer Anhänger der europäischen Einigung. Immer wieder hört man, dass es manche überrascht, wenn bei Griechenland keine ökonomischen Argumente zum Zuge kommen, sondern es um ein politisches Argument des Dringens geht. Natürlich ist das so. Es wundert mich, dass ökonomisch Denkende da erstaunt sein können. Ich bin überzeugt, dass sich die politischen, kulturellen und historisch-moralischen Gründe für ein Weiterlaufen des Einigungsprozesses durchsetzen werden. Nur wird Europa nicht so aussehen, wie wir uns das einmal vorgestellt haben. Die Strecke zur europäischen Einigung und zur europäischen Demokratisierung ist keine Autobahn. Die europäische Demokratie ist eben nicht einfach eine Transposition der nationalstaatlichen Demokratie in eine europäische Tonlage, in der ein europäischer Bundeskanzler aus einem europäischen Parlament hervorgeht und alle Institutionen, die wir bisher nationalstaatlich hatten, europäisch gegeben sind. Europäische Demokratie ist vielfältiger und komplexer und wird es bleiben. Das ist kein Übergangszustand.

***Libertäre
Programme:
kurzfristig erfolg-
reich, langfristig
nicht partei-
bildend***

Eurokrise

***Europas Einigung
ist keine
Autobahn***

**Rügen für
Ungarn und
Österreich**

Auch in Zukunft werden in der europäischen Demokratie, so wie sie sich herausgebildet hat, Gerichte eine große Rolle spielen, der individuelle Rechtsschutz von Bürgern, die vor europäische Gerichte gehen; außerdem die demokratiesichernden Funktionen und die grundrechtsichernden bürokratischen Institutionen. Im Grunde steckt darin ein Widerspruch. Da gibt es eine Bürokratie, die wir als zu demokratiefördernd empfinden. Und dennoch ist es diese Bürokratie, die Ungarn auf die Finger klopft und auch Österreich schon mal kräftig ermahnt hat, wenn sie ihre Demokratie gefährden. Das ist ein europäischer demokratischer Mechanismus, den wir nicht geringerschätzen sollten. Zur Sicherung der Demokratie in postdiktatorischen Staaten wie Deutschland ist die europäische Einigung schließlich einst begonnen worden.

conturen: „Es gibt offenbar keine moderne Demokratie ohne kapitalistische Marktwirtschaft“, schreiben Sie in Ihrem Buch. Anfang der neunziger Jahre feierte man den Sieg des Kapitalismus. Aber mit Wirtschaftskrise und Eurokrise sowie all den sozialen Problemen tauchte doch wieder die Idee eines dritten Weges auf. Würde ein solcher dritter Weg dann auch das Ende der Demokratie bedeuten?

Paul Nolte: Ich kann einen solchen dritten Weg selbst mit Blick auf die Wirtschafts- und Sozialordnung schwer erkennen. Auch wenn es vielfältige Mischzonen von wohlfahrtsstaatlichen Systemen und von verstaatlichten oder nichtverstaatlichten sozialen Leistungen und Daseinsvorsorgeleistungen gibt, etwa zwischen den USA und Schweden, besteht doch eine Trennlinie. Bei aller Sozialdemokratie und bei allem Sozialismus hat Schweden eine marktwirtschaftlich-individualistische Ordnung beibehalten. Das muss kein historisches Gesetz sein. Aber die Erfahrung spricht dafür, dass eine Alternative schwer vorstellbar ist. In Venezuela wurde Comandante Hugo Chávez in der Wahl im Oktober bestätigt und soweit festgestellt wurde, verliefen die Wahlen ordnungsgemäß. Das ist ein Experiment. Auf seinen Ausgang bin ich gespannt. Es ist bemerkenswert, dass dieser Weg beschritten wurde und es nicht zur Abschaffung von Wahlen und zur Etablierung einer Chávez-Diktatur kam. Solche Mischformen sind wohl möglich.

Gerade in Mitteleuropa müssen wir die Frage der Stabilität von Demokratie und der Krise des Kapitalismus stärker voneinander trennen. Wir sind nach dem Zweiten Weltkrieg in einer kapitalis-

**Auch Schweden
ist marktwirtschaftlich-individualistisch**

tisch-marktwirtschaftlich prosperierenden Situation aufgewachsen, die für uns diese neue, noch ungewohnte Demokratie gerechtfertigt hat. Daraus ziehen wir manchmal etwas vorschnell den Schluss, wenn die kapitalistische Wirtschaft in die Krise komme, sei auch die Demokratie diskreditiert.

conturen: „Die Griechen, die Athener haben die Demokratie erfunden. Aber sie taten es nicht als Teil des ‚Westens‘“, schreiben Sie und verweisen auf „die Verflechtung Athens in einen mediterran-westasiatischen Kulturraum“. Wollen Sie damit sagen, dass die Demokratie keine genuin westliche Erfindung ist?

Paul Nolte: Sie ist zumindest keine Erfindung, die sich auf den Westen im Sinne des heutigen Westens zurückzuführen ließe. Diesen Westen gab es damals noch nicht. Der hat sich frühestens im 18. Jahrhundert mit der Amerikanischen Revolution, vielleicht sogar erst im 20. Jahrhundert mit dem Eintritt der USA in die beiden Weltkriege ergeben. Daraus entstanden unser Konstrukt des Westens und eine Konstruktion von Demokratie, die wir häufig auf unhistorische Weise zurückprojiziert haben.

Mein Hinweis auf die Griechen vermittelt zwischen zwei Polen: einerseits dem Versuch, Athen für den Westen zu vereinnahmen, und andererseits einer Position, die die Griechen ganz aus dem Spiel bringen und dem vorderasiatischen, später arabisch-islamischen Kulturkreis das Erstgeburtsrecht an der Demokratie geben will. Beide Ansätze sind politisch instrumentell verfälscht. Die Welt war damals anders sortiert. Es gab diesen Kulturkreis, der vom Mittelmeer in das Zweistromland ausstrahlte. Daher stellt sich die Geschichte der griechischen Demokratie uns weniger unmittelbar zugehörig dar, als wir das lange Zeit glaubten.

conturen: Damit ergibt sich die Frage, ob auch in der östlichen Tradition demokratische Modelle vorhanden sind...

Paul Nolte: Diese Kulturbegriffe, die mit Himmelsrichtungen spielen, sind, so wie das auch für den „Westen“ gilt, vieldeutig und umstritten. Eine Zeitlang hätte man unter dem Osten Russland verstanden, später dachte man an China und dann an den Mittleren Osten. In allen diesen Räumen und Kulturkreisen gibt es auch Modelle für Mitbestimmung, für Entscheidungsfindungen. Fast überall haben sich Menschen irgendwie zu politischen Ratschlüssen zusammengefunden wie in einer Schura in Afghanistan oder anderswo in Westasien. Aber das, was wir mit gutem

Athen

*Was war und ist
„der Westen“?*

**„Geburt“ der
Demokratie in
Großbritannien,
Frankreich, USA**

Grund Demokratie nennen mit ihrem Grundrechtsverständnis und ihren Institutionen – Parlament, Wahlen, Parteien –, wurde doch im Westen geschaffen, vor allem in Großbritannien, Frankreich und den USA. Das berechtigt nicht, mit Überheblichkeit und stolzgeschwellter Brust durch die Welt zu laufen, schon gar nicht als Deutsche, die an diesem Westen nur teilweise oder sehr verspätet Anteil hatten.

Arabiens Zukunft

conturen: „Das Problem der arabischen Welt sind die Diktaturen“, erklärte der irakische Schriftsteller Abbas Khider und er wehrt sich gegen das Urteil, die Religion sei das Problem und die Menschen seien unfähig zu Freiheit und Demokratie. Wie bewerten Sie die Lage? Wird die Demokratie Einzug halten in die arabische Welt?

**Relationen Kultur
– Religion –
Politik**

Paul Nolte: Das ist die Gretchenfrage der letzten zwei Jahre. In Ägypten, Libyen und Syrien stellt sie sich angesichts des Bürgerkrieges immer noch. Ich bin auf lange Sicht optimistisch. Jedenfalls sehe ich keine prinzipiellen Hindernisse. Die einer Demokratie entgegenstehenden Religionen sind in dem, was sie politisch umtreibt, durchaus wandlungsfähig. Und wir tun gut daran zu erinnern, dass das Christentum auch nicht immer nur demokratiefreundlich war. Im Gegenteil, es dauerte lange und war erst ein Ergebnis der letzten Generationen, bis der Katholizismus seinen Weg in der Demokratie fand. Der Protestantismus war in Deutschland sogar auf noch hartnäckigere Weise obrigkeitstreu. Die Relationen zwischen Kultur und Politik ebenso wie zwischen Religion und Politik sind nicht ein für allemal festgeschrieben. Aber zweifellos sitzt in dieser arabischen Region eine Kultur der autoritären Regime fest. Sich davon zu entledigen, wird nicht leicht sein und ein langer Weg bleiben.

China

conturen: Als China sich vom Kollektivismus abwandte und zur Marktwirtschaft bekannte, sahen einige darin auch einen ersten Schritt in Richtung Demokratie. Allerdings scheint nichts darauf hinzudeuten, dass China demokratisch wird. Im Gegenteil, je mächtiger China als Wirtschaftsmacht wird, umso weniger Druck gibt es von außen. Wie schätzen Sie die Lage ein? Gibt es in China Tendenzen in Richtung Demokratie? Wie steht die Bevölkerung zur Demokratie?

Paul Nolte: Es gibt sicher Tendenzen zur Demokratie. Man könnte sogar so weit gehen, eine demokratische Revolution in China nicht für unmöglich zu halten, auch wenn das im Moment nicht

die wahrscheinlichste Option ist. Wir tun immer gut daran, uns zu erinnern, für wie unwandelbar wir vor zweieinhalb Jahrzehnten die Situation in der Sowjetunion hielten. Nur durch ganz kleine evolutionäre Schritte sei allenfalls ein Wandel möglich. So dachten wir und sahen Breschnew bereits als Lichtgestalt gegenüber Stalin.

*Siehe UdSSR:
Wandel ist immer
möglich*

Auch in China gibt es eine jüngere Generation, die – und das ist der Unterschied zum sowjetischen Ostblock – den Westen kennt, in den USA studiert hat und am Internet partizipiert. Insoweit ist China in viel größerem Maße, als das für die realsozialistischen Gesellschaften galt, eine offene Gesellschaft geworden. Wenn wir die Option einer demokratischen politischen Revolution, zu der es 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens durchaus Ansätze gab, beiseitelassen, ist eine langsame Transformation am wahrscheinlichsten, die sich eher auf dem Weg einer Öffnung der Gesellschaft vollzieht.

Was China vermutlich zuletzt haben wird, ist ein pluralistisches Parteiensystem, wie wir es im Westen kennen. Aber es spricht doch viel dafür, dass es den Weg zu einer pluraleren und liberaleren Gesellschaft, zu einer Anerkennung von Grundrechten und zu einer Rechtssicherheit weitergehen wird. Auch dafür gibt es Vorbilder. Deutschland zum Beispiel war zur Zeit des Kaiserreichs zwischen 1870 und 1914 auch keine Demokratie, sondern vielmehr ein kaiserlicher demokratischer Obrigkeitsstaat, der aber doch von vielen dafür bewundert wurde, dass es in ihm große Pressefreiheit und Gerichte gab, die individuellen Rechtsschutz gewährten. Man konnte nicht so frei wählen, wie das der Fall sein sollte. Aber man konnte vor das Verwaltungsgericht ziehen und sein Recht einklagen. Und man konnte über den Kaiser böse schimpfen. So weit sind wir in China noch lange nicht. Aber vielleicht bezeichnet das den Weg, den das Land in den nächsten Jahrzehnten weitergehen könnte.

*Deutschland
zwischen 1870
und 1914*

conturen: Sie verweisen auf den Wettbewerbsvorteil von stromlinienförmig organisierten autoritären Regimen wie China. Im Zeitalter von Globalisierung, Finanzkapitalismus und digitaler Revolution könne die Demokratie nach Meinung mancher nur den Kürzeren ziehen. Sehen Sie die Gefahr, dass die Abhängigkeit von den Finanzmärkten dazu führt, dass gewisse demokratische Prozesse im Interesse einer schnellen Entscheidung außer Kraft gesetzt werden?

**Demokratie
braucht Zeit!**

**Das Tempo der
Finanzmärkte
reduzieren**

**Nachhaltigkeit,
Diktatur und
Demokratie**

**A. de Tocqueville,
Carl Schmit**

Paul Nolte: Das ist unzweifelhaft so. Die Demokratie hat den Nachteil, dass ihre Entscheidungen Zeit brauchen, während sich Entscheidungsprozesse in der modernen Welt beschleunigt haben. Ich bin aber trotzdem optimistisch, dass wir dieses Problem der Inkongruenz von Zeithorizonten zumindest bearbeiten können. Wir müssen achtgeben, Zeithorizonte in der Demokratie nicht immer mehr zu verkürzen. Das gilt für Situationen, die wir in Deutschland hatten, wenn Parlamente von heute auf morgen abstimmen müssen, ohne dass sich ihre Mitglieder gründlich mit der Materie auseinandergesetzt haben. Da muss die Politik den Primat gewinnen vor der vermeintlichen ökonomischen Zwangslage. Es gibt viele Bestrebungen, die extrem kurze Taktung der Finanzmärkte, das Spekulieren in Sekundenbruchteilen um des Spekulierens willen einzudämmen und die Zeittakte von Politik und Wirtschaft wieder einander anzunähern.

Andererseits ist die Demokratie eine Regierungsform, die mit den langen Zeittakten, auf die wir uns angesichts der Herausforderungen der Zukunft einlassen müssen, besser hantieren kann. Autoritäre Regime können schneller entscheiden. Aber sie denken kurzfristiger. Es ist ein Vorurteil, dass die Demokratie immer nur bis zum nächsten Wahltermin denke. Tatsächlich waren die Diktaturen die viel kurzfristiger agierenden Systeme. Diktatoren entwerfen vielleicht Visionen eines tausendjährigen Reiches. Aber sie verschwenden die Ressourcen bis zum Zusammenbruch und denken nicht nachhaltig. Die Nachhaltigkeit, die wir in letzter Zeit nicht nur ökologisch, sondern auch fiskalisch verstehen – also keine Schulden auf Kosten der nächsten Generation zu machen –, ist ein kulturelles Produkt der Demokratie und nicht von autoritären Systemen. Demokratien denken im Moment darüber nach, wie Generationen hinsichtlich des Verhältnisses von Rentnern und arbeitender Bevölkerung im Jahr 2030 dastehen, oder wie stark der Meeresspiegel in hundert Jahren steigt. Ein solcher Zeithorizont ist autoritären Regimen fremd.

conturen: Wenn es um die Theorie der Demokratie geht, wird immer auf Alexis de Tocqueville verwiesen, dem auch Sie sich widmen. Gibt es sonst keine Theoretiker der Demokratie?

Paul Nolte: Doch, sogar sehr viele. Aber nicht jeder Theoretiker der Demokratie war ein Freund der Demokratie. Das trifft auch auf Alexis de Tocqueville zu. Als französischer Adeliger war er wahrhaftig kein radikaler Anhänger der Französischen Revoluti-

on. Dennoch besaß er die Offenheit, sich von dem, was er in den USA erlebte, in Staunen versetzen zu lassen. Wie er waren viele der besten Theoretiker der Demokratie ursprünglich Kritiker oder sogar Feinde der Demokratie. Der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt zum Beispiel, der Kronjurist des Dritten Reiches, war einer der scharfsinnigsten Denker der Demokratie, stellte ihr aber ein schlechtes Zeugnis aus und plädierte letztendlich für eine Diktatur, indem er argumentierte, die Demokratie müsse in das münden, was nur noch eine plebiszitäre Zustimmung zu einem Diktator sei. Heute ist Carl Schmitt einer der wichtigsten Impulsgeber für linke, neomarxistische Theorien der Demokratie.

conturen: Die Aufbrüche in Nordafrika waren Hoffnungszeichen der Freiheit und Mitbestimmung. Stehen die Zeichen der Welt auf Demokratie?

Paul Nolte: Die Zeichen der Welt sind kompliziert. Aber wenn Sie mich zu einem Bekenntnis ermuntern wollen, dann werde ich mich einem Ja nicht verweigern. Man kann dieses Ja heute allerdings nur noch mit einem Zögern aussprechen. Das gehört zur Befindlichkeit des 21. Jahrhunderts, weil es früher zu viel billige Euphorie, kulturelle Überheblichkeit oder einseitig geschichtsphilosophisch-teleologisches Denken gab. Man glaubte an einen Weltgeist, wie Hegel dies genannt hätte, der alles auf die Demokratie zutreiben lässt. Das ist natürlich nicht so. Es gibt heute skeptischere, bescheidenere Konzepte, die trotzdem an dem Anspruch festhalten, dass die Demokratie eine Herrschaftsordnung nicht nur für den Westen, sondern für die ganze Welt ist. Einer dieser Theoretiker ist der indische Philosoph und Ökonom Amartya Sen. Von seiner linksliberalen Position her müsste er ein Skeptiker sein gegenüber allzu naiv vorgetragenen Universalitätsansprüchen und einer globalen Ausdehnung der amerikanischen Demokratie. Aber Sen betrachtet die Demokratie als die Herrschaftsform des 21. Jahrhunderts, nicht weil diese Demokratie aus den USA in den Irak, nach Afghanistan und irgendwann vielleicht auch nach China und Nordkorea geschickt wird, sondern weil alle Menschen in der Welt einen Anspruch darauf haben, frei zu sein, ihre Geschicke selbst zu bestimmen und in einer Ordnung zu leben, die ihnen materielles Wohlergehen ermöglicht. Diese skeptisch gewendete und nicht auf den imperialen Anspruch einer bestimmten Weltregion ausgerichtete Theorie einer Zukunft der Demokratie unterschreibe ich gerne.

Amartya Sen

*Freiheit, Selbstbestimmung,
Wohlstand*
